

Bergarbeiter-Zeitung

verbunden mit
Glück-Nachr.

Abonnementspreis 70 Pfg. pro Monat, 1,70 Mk. pro Quartal.
Durch die Post pro Monat 1,50 Mark; pro Quartal 4,50 Mark.
Einzeln Nummern 1 Mark.

Anzeigen kosten die sechszeilte Zeile resp. deren Raum 70 Pfg.
Bei einmaliger Aufnahme 20, bei 12maliger Aufnahme 30 und bei
20maliger Aufnahme 40 Prozent Rabatt.

Telephon-Nr. 1301. **Organ zur Förderung der Interessen der Bergarbeiter und verwandten Berufe.** Telephon-Nr. 1301.

Unverlangt eingegangene Manuskripte werden nicht zurückgeschickt.
Bei Abdruck unserer Originalartikel bitten wir um Quellenangabe.

Verantwortlich für die Redaktion: **Alfred Janssch, Bochum.**
Druck u. Verlag von **Hansmann & Co., Bochum, Wismelhauserstr. 42.**

Es wird keine Garantie dafür übernommen, daß Inserate an einem
bestimmten Platz oder Tage zur Aufnahme gelangen.

Der Streik und die Marktlage.

Wenn die rheinisch-westfälischen Grubenbesitzer wirklich nichts von einem großen Wucherfeldzug geplant haben sollten, so wird ihnen dieser kaum (b. d. Med.) gelingen.

Der bisherige Ansturm in der deutschen Kohlenproduktion ist natürlich ganz beträchtlich. Was die Braunkohle und Steinkohle anbelangt, wird in Zukunft noch weiter produziert werden, kann nur einen ganz geringen Teil der Nachlieferungen des Westens ersetzen. Den Förderansturm in Ruhrkohlen kann man für die Dauer des vollen Streiks auf wesentlich etwa eine Million Tonnen schätzen. Das ergäbe eine Lücke in der Zufuhr von ungefähr 1 Millionen Tonnen. falls jetzt die Arbeit allgemein wieder in umfassender Weise aufgenommen würde und keine weiteren Ausfälle eintreten. Dieses Sechszehntel der letzten Jahresproduktion des Dortmunder Oberbergamtsbezirks allmählich nachzuholen, wäre an sich keine besonders langwierige Aufgabe. Beträgt doch bei dem 1. Januar d. d. Jahresbestimmung der im Kohlenfeld der rheinischen Becken 75 531 133 Tonnen (gegen 73 157 110 Tonnen im Vorjahr) und nur die tatsächliche Förderleistung im Jahre 1902 brachte die Produktion auf die wirklich gewonnenen Mengen herunter.

Die zum Erfolg notwendige Mehrgewinnung der nächsten Wochen und Monate wird jedoch noch durch mehrere Umstände reduziert. Einmal wie bereits erwähnt, durch die schon erfolgten und weiter erfolgenden Mehrlieferungen der anderen Produktionsgebiete Deutschlands, dann aber auch des Auslandes. Beide zusammen ergeben zweifellos ganz ansehnliche Mengen; leider fehlt jede ziffermäßige Grundlage einer Abschätzung hierfür. Die deutschen Häfen haben ihre regelmäßig aufgeschaukelten Läger englischer Kohle nach Kräften ins Binnenland abgestoßen, und sie brauchen diese Vorräte nicht von heute auf morgen zu erneuern, wenn sie vorläufig auf ruhige Zeiten rechnen können. Wie außerordentlich die Heranziehung neuer Kohlen aus England gesteigert wurde, beweist die Hamburger Hafenstatistik schon für Januar, obwohl der Streik ja erst am 17. Januar erklärt wurde; es sind etwa ein Drittel mehr Kohlenstücke eingelassen wie gewöhnlich seit fünf Jahren im Januar (128 Kohlenstücke gegen 96, 96, 94, 94 und 90). Die Erleichterung dieser Kohlenzufuhren durch Herabsetzung der Eisenbahntarife — für Steinkohlen, Steinkohlensfoks und Steinkohlensfoks, von den niederländischen Hafenstationen und den Rheinumschlagplätzen aus um 20 Prozent — scheint uns eine, in ihrer Tendenz ganz richtige staatliche Maßnahme, die im Notfall über den Februar hinaus aufrechtzuerhalten wäre. (Während des Streiks wirkte die Frachtermäßigung aber zu Gunsten der Unternehmer. D. R. d. V.) Sollte der unentzerrliche Lieferant der rheinisch-westfälischen Scharfmacher in der Tat auf eine Kohlennot und entsprechende Wucherpreise hinarbeiten, so bliebe noch eine stärkere staatliche Abwehrmaßnahme zur Verfügung: der Wegfall aller staatlichen Begünstigungen der Zufuhr (wesentlich wieder durch die Tarifpolitik) unter Umständen ein Ausfuhrverbot für den Westen. Wir haben nach den letzten Nachweisen über den auswärtigen Handel des deutschen Zollgebiets exportiert

	1902	1903	1904
Steinkohlen	6 425 658 To.	6 766 513 To.	7 299 042 To.
Koks	2 182 383 "	2 523 351 "	2 716 855 "

In der äußersten Not könnte sich hier die deutsche Industrie eine genügende Brennstoßreserve für die schwierige Uebergangsperiode sichern. Indes ist es wenig wahrscheinlich, daß das Syndikat zu neuen Provokationen schreiten wird. Auf den 16. Februar ist die nächste entscheidende Versammlung des Rates und der Belegschaften anberaumt; sie wird, wenn die Herren nicht völlig verblendet sind, vermutlich die Aufhebung jeder Förderbeschränkung auf zunächst ein Vierteljahr bringen — nominell bestand diese Aufhebung schon seit dem 13. Januar, das heißt seit dem Streikbeginn, auf Beschluß der Syndikatsleiter.

Schwere Störungen des Kohlenmarktes brauchen also kaum einzutreten.

Allerdings war für den Kohlenverbrauch der kritische Wendepunkt zuletzt nahe herangerückt. Die vöhrhandenen Kohlenvorräte, von den Gruben- und Handelszentren angefangen bis hinunter zu den einzelnen Fabriken und Transportunternehmungen und zum Kleinhandel, müssen zwar ansehnlicher gewesen sein, als angenommen wurde — offenbar hatte man aus dem Streik von 1889 die entsprechenden kapitalistischen Lehren gezogen. Besonders die Koksäger haben den Hochofenbetrieb wenig leiden lassen, obwohl hier und da Defekt gestopft oder ausgeblasen werden mußten. Ist doch der Koksverbrauch des Syndikats selber im Januar (mit 861 000 Tonnen) nur um 27 400 Tonnen hinter der Ziffer des Vorjahres zurückgeblieben, während er sogar um 16 650 Tonnen über der Januarlieferung von 1904 stand. Dagegen geriet nach der „Köln. Ztg.“ vom 7. Februar die Schweisseisenindustrie rasch in Schwierigkeiten, weil dafür auf Lager gebrachte und dadurch entzogene Kohle nicht brauchbar ist; „die betreffenden Betriebe liegen also meistens still, und da, wo der durch Puddelöfen erzeugte Dampf für Hauptwalzwerke eine durchschlagende Rolle spielt, wird auch dieser Teil des Betriebes schwer in Mitleidenschaft gezogen.“ Den Eisenbahnverwaltungen ist wohl allen die Entsammlung einer starken Kohlenreserve seit 1889 zur Pflicht gemacht; trotzdem sollen in der zweiten Februarwoche im Rheinischen die Güterzüge merkbar eingeschränkt worden sein.

Alle Geschäftszweige, die für den Konsum der Streikenden liefern, haben natürlich das Ende des großen Kampfes dringend ersehnt. Entweder mußten sie ihre Waren auf Kredit abgeben, oder sie mußten auf ihren Absatz verzichten. Auch die Landwirte, denen zum Teil eine wirkliche Kohlennot vor der Tür stand, haben hier die Bedeutung des Arbeiterkonsums gefühlt. So berichtet man der „Dtsch. Tagesztg.“ aus Dortmund: „Die westfälische Landwirtschaft im Ruhrkohlenbezirk wird aufatmen, daß der Streik ein Ende hat. Einmal, damit die bei vielen eingetretene Kohlennot bald ein Ende nimmt, zum andern, daß sie ihre Produkte, besonders Milch, wieder in der früher regelten Weise absetzen können. Durch den Streik war der Milchhandel teilweise ins Stocken geraten. Die Milchhändler, die für die Landwirte die Milch verkaufen, waren gezwungen, in manchen Industrieorten in den Streikwochen die Milch auf Kredit zu verkaufen, weil einestheils manche Familien ohne Geldmittel war und zum andern wegen der ungewissen Zeit das Geld festgehalten wurde. Die natürliche Folge war, daß die Landwirte von dem Händler trotz Drängen und Mahnen die Milch nicht bezahlt erhielten.“ Wenn die kürzere Dauer des Streiks das Geldentziehen nicht so leicht machen

sollte, weil für das Großkapital die gewünschten Vorwände hierfür fehlen — so würde das die Bedrücknis dieses Kleinbürger- und Kleinbauernums natürlich gleichfalls lindern. . . .
Doch lehnen wir zu den Wirkungen auf die allgemeinen Produktionsverhältnisse zurück.

Die Börse rechnet mit einer vollen, sogar mit einer mehr als normalen Rentabilität der Kohlenruben in nächster Zeit. Man gibt zwar zu, daß durch den Stillstand manche tausenden notwendigen Arbeiten in den Gruben bedenklich gelitten haben; vielfach müßten die zu den Gewinnorten der Kohle, den Abbauen, führenden Strecken erst wieder „aufgewältigt“ und sonstige Ausgaben für Reparaturen gemacht werden. Andererseits sieht man eine starke Kohlennachfrage voraus, teils zur Nachholung des Unterbliebenen, teils wegen der guten Aussichten für den Geschäftsjahr, namentlich der heimischen Eisenindustrie. Die süd- und südwestdeutschen Hoheöfen, die rheinisch-westfälischen Bandeiswerke konnten in letzter Zeit ihre Preise erhöhen — ohne bedeutenden Zusammenhang mit Schwierigkeiten in der Brennstoffzufuhr. Die obersteilischen Walzwerke sind für das erste Vierteljahr mit Aufträgen vollständig versorgt; sie werden für die weitere Zeit möglichst wenig binden, weil sie im Januar nur ein geringes Erzeugnis erhoben.

Amerita hatte im Januar mit 1776 000 Tonnen wieder einmal die höchste, bisher gekannte Monatsproduktion in Höhefen erreicht, lediglich infolge der Verleitung des eigenen Marktes, also ohne Schlenkerexporte erwarten zu lassen — jedoch von dieser Seite zum mindesten keine Gefahr droht. Englands Lage soll sich wesentlich gehoben haben, und dies muß dem deutschen Export, mindestens durch günstigere Preise, zugute kommen. Die Werts hat deshalb den Ansturm der Kohlenbergwerksaktien im allgemeinen schon wieder weit gemacht. Bei einzelnen der namhaftesten Papiere steht der Kurs sogar bereits über dem Niveau vor Beginn des Streiks. So notierten in Berlin:

Kassafahrt:	2. Januar	23. Januar	11. Februar
Helsenkirchen	224,50	218,80	226,30
Darpenner	214,75	208,75	214,50
Konzolidation	419,75	407	423,75
Röhler Bergwerk	421,50	413,75	425,75
Mordhern	275,10	267,60	276,75

Der Wochenschauder der „Voss. Ztg.“ mahnt deshalb schon wieder zu „nüchternen Betrachtung“.

Unseres Erachtens hat es der Staat vollständig in seinen Händen, einer verhassten Politik des Kohlenwuchers und der Kurstreiberseits des Syndikats vorzubeugen. Die Bergarbeiter im Westen haben jetzt ein doppeltes Interesse daran, vollständig zu werden; sie alle würden das sein, auch wenn die „Beteiligungs“ ziffern des Syndikats noch lange nicht erreicht würden, sondern wenn nur keine künstlich erzwingene Förderbeschränkung Maß griffe. Dem Konsum der Industrie, der Verkehrsmittel und der Haushaltungen muß erst recht an der Herstellung ausreichender Kohlenzufuhren liegen; und diese genügenden Zufuhren sind in keiner Weise ein Ding der Unmöglichkeit. Der ganzen deutschen Arbeiterklasse muß gleichfalls daran liegen, daß kein künstlich erzeugter Kohlenwucher den Vorwand zu einer Hege gegen Lohnkämpfe gibt. Die Regierungen Preußens und Deutschlands können daher jetzt einmal zeigen, ob sie allgemeine Interessen gegen Monopolsinteressen zu wahren vermögen.
Berlin. Max Schippel.

Höhere Beiträge!

Ein altes Verbandsmitglied, das mit im Bordertreffen des Generalstreiks stand und dafür gemacht wurde, schreibt uns:

Von der vielen Schreibererei halte ich nicht viel. Der Streikausgang kann uns alle nicht befriedigen. Direkte Erfolge haben wir nicht gehabt. Ich stimme aber zu, wenn gesagt wird, es wären auch keine Erfolge zu erwarten gewesen. Unser Verband ist noch viel zu schwach. In meinem Bezirk waren wir sehr schwach organisiert, durch den Streik haben wir mehrere hundert Mitglieder gewonnen. Das ist ein Erfolg für die Organisation. Vor dem Streik hatten wir mehr Abmeldungen als Anmeldungen. Ich glaube, daß wir hier fast alle neuen Mitglieder im Verband behalten werden.

Meine Meinung ist, daß wir gegiegt hätten wenn unser Verband doppelt oder dreifach so stark war. Auf die Unorganisierten ist doch kein Verlaß im Kampfe, wir haben hier genug zu tun gehabt, um die Unorganisierten in Disziplin zu halten. Jeden Tag mußten unsere Ordner den Unorganisierten zureden, doch nicht auf den Straßen herumzustehen. Als die Streikunterstützung ausgezahlt wurde, verzichteten viele Verbändler auf das Geld. Gerade Unorganisierte waren die schlimmsten Anrufer über die geringe Unterstützung. Gezahlt hatten sie für die Organisation noch keinen Pfennig, aber das meiste Geld wollten sie haben. Sie zerrißen ihre Streikkarten. Später muß hier ordentlich Remedur geschaffen werden.

Uns fehlte es an dem nötigen Geld für einen großen Streik. Was wollen wir mit 20 Pfg. Wochenbeitrag? Wenn wir das nicht ändern, dann kommen wir niemals zum Siege. In meinem Bezirk sind sich alle Kameraden, mit denen ich sprach, darüber einig, daß auf der nächsten Generalversammlung unser Verbandsbeitrag auf wenigstens 30 Pfennig, am besten gleich auf 40 Pfennig erhöht werden muß. Die Klängelei mit dem niedrigen Beitrag muß radikal beseitigt werden. Wer nicht zahlen will, der bekommt auch später keine Unterstützung. Die Stimmung unter den Mitgliedern ist sehr für Beitragserhöhung. Der Streik hat uns gezeigt, daß wir höhere Beiträge haben müssen, wenn ein Kampf für uns siegreich sein soll. Der Vorstand kann seine Anträge für ein Krankenzuschußgeld ruhig in den Papierkorb werfen. Ich glaube nicht, daß die Generalversammlung sich auf neue Unterstützungseinrichtungen einläßt. Für die 20 Pfg. Beitrag leidet der Verband genug durch die heutigen Unterstützungseinrichtungen. Jetzt muß der Beitrag erhöht werden zur Sammlung eines Kampffonds. Ich glaube nicht an die Erhaltung des Friedens. Die Verwaltungen auf vielen Becken gehen gegen die Kameraden schroff vor, wodurch böses Blut geschaffen wird. Gilt das an, dann werden wir wieder zum Kampfe gedrängt,

wenn wir auch nicht wollen. Dieser Kampf darf aber nicht wieder so wild ausbrechen, wir müssen ihn vorher tüchtig organisieren. Vor allen Dingen müssen wir tüchtig Geld haben, ohne Kampffonds ist nichts zu machen. Darum erhöhen wir jetzt endlich unsere Beiträge auf 40 Pfg. Glück auf!
W. R.

Unterlegung der Redaktion: Zahlreiche Kameraden denken, wie wir wissen, genau so wie obiger Einsender. Wir fordern die Mitglieder auf, sich entweder in Verbandsorganen oder in der Mitgliederversammlung über die Beitragsfrage zu äußern. Die nächste Generalversammlung muß über die Sammlung der Mitglieder unterrichtet sein. Jetzt spricht euch aus, nun ist es Zeit dazu.

Angesichts dem Gebahren einiger Zentrumsbücher sehen wir uns genötigt, auch einige Worte über die **Zentrumserstützungsgelder** zu sagen. Mit Entsetzen lesen wir, daß ein Zentrumsqurator, der zugleich für christliche Gewerkschaften eintritt, behauptet hat, die christlichen Gewerkschaften hätten hauptsächlich die Streikgelder aufzuheben. Ist es mit den Intaromnachrichten während des Streiks noch nicht genug, muß auch nach dem Streik der Unfug weiter getrieben werden?!

Zur Steuer der Wahrheit stellen wir fest: es haben an Sammelgeldern aufgebracht (quittiert in den Vereinsorganen datiert vom 25. Februar) der **Gewerkverein 259 144 Mark**, der **Bergarbeiterverband 1 438 290 Mark!** Die polnische Vereinigung konnte nur 4000 Mark quittieren; da sie absolut nicht in der Lage war, davon auch nur ihre eigenen Mitglieder nennenswert zu unterstützen, so übergab der Vorstand der polnischen Vereinigung dem alten Verbands das Geld; in unserer Summe stehen demnach die 8000 Mark, die der Polenverein aufbrachte. **Für sich allein brachte der Verband also 1 430 290 Mark auf, oder mehr als fünfmal so viel wie die anderen Organisationen zusammen!!!** Berechnet man die aufgeführten Gelder auf pro Mitglied vom Beginn des Streiks, dann ergibt sich dieses schreckliche Resultat: Die polnische Vereinigung (10 000 Mitglieder) vereinnahmte **30 Pfg.**, der Gewerkverein (10 000 Mitglieder) **6,50 Mark**, der alte Verband (60 000 Mitglieder) **25,60 Mark!!!** Da erst nach der dritten Streikwoche regelrechte Unterstützung auszusuchen war, hätte unser Verband jeden Mitgliede allein aus den Sammelgeldern zwei Wochen lang die volle Unterstützung auszahlen können; der Gewerkverein und die Polenvereinigung konnten aber nicht einmal eine Woche ihre eigenen Mitglieder von den Sammelgeldern unterstützen! Wie angesichts dieser unerschütterlichen Tatsache gesagt werden kann, der Gewerkverein habe den Hauptteil der Unterstützungen geliefert, ist einfach unbegreiflich.

Die Sammelgelder und das aus den Kassenbeständen entnommene Geld ist kameradschaftlich zusammengeworfen worden, wie sich das in einem solchen Nischenkämpfe der vereinigten Bergarbeiter-schaft von selbst versteht. Woher stammten die Gelder? In den Gewerkvereinen fanden naturgemäß alle ihm nahestehenden christlichen Arbeiterorganisationen und die überwiegend sozialdemokratischen Bürgerkreise. Die Bürgerschaft im Ruhrgebiet hat sich in dankenswerter Weise hervorragend vornehmlich an der Beschaffung von Naturalien beteiligt. Wo sind aber die sonst so ruhmbegierigen auswärtigen „Gönner“ des christlichen Gewerkvereins während des Streiks gewesen?? Zieht man die „warmen Worte“ der zum großen Teil sehr vermögenden Gewerkvereinsprotektoren in Betracht, dann erscheint ihre tatsächliche Hilfe äußerst kläglich. Die Gewerkvereinsmitglieder haben die Wahrheit des Sprichwortes erfahren: **„Freunde in der Not, Gefahr hundert auf ein Lot!“** Nur 259 000 Mark sind dem Gewerkverein zugesprochen, das ist eine sehr minimale Summe, wenn man bedenkt, welche Geldmittel seinen „christlich-patriotischen Gönnern“ zur Verfügung stehen! **Der Gewerkverein ist im Stich gelassen worden von den „warmen Gewerkvereinsfreunden“**, darüber hilft kein Vertuschen hinweg, das haben auch Gewerkvereinskameraden ingrimmig ausgesprochen! Gätten die reichen „Freunde“ des Gewerkvereins, die mit schönen Worten sehr freigebig sind, auch einmal recht tief in die Tasche gefaßt, dann war es der Streikleitung möglich, den Kampf viel wirklicher zu führen. Die Gewerkvereinsleitung trifft natürlich keine Schuld, sie hätte auch gerne das vier- und fünffache an Unterstützungsgeldern an die gemeinsame Kasse geliefert, wenn das Geld nur einfach. Auch unter der polnischen „Gewerkschaftsfreunden“ gibt es sehr reiche Leute, Millionäre; auch sie haben ihre in Not geratenen Sprachgenossen jämmerlich vergesse.

Der **Bergarbeiterverband** hat von seinen Fremden **über 1 400 000 Mark** erhalten! Die höchste Einzelsumme fandte der Kassierer der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Albin Gerisch-Berlin, nämlich fast 250 000 Mark. Hunderttausende Mark sandten die freien Gewerkschaftszentralen und Kartelle. Die freigewerkschaftlichen und die sozialdemokratischen Spender haben sich als die opferwilligsten Bergarbeiterfreunde bewiesen, mit „sozialdemokratischem Geld“ sind auch viele tausend „christliche“ und „polnische“ Kameraden unterstützt worden! Ohne die Hilfe der freien Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Geldgeber hätte der Generalstreik wegen Mangel an Unterstützung nicht in dem Maße geführt werden können wie es geschahen. Das wissen auch die Nichtverbandsmitglieder sehr gut, das muß auch um der Wahrheit willen ausdrücklich festgesetzt werden gegenüber den Versuchern, die „Bergmannsfreunde“, die die Generalstreiker im Stich gelassen haben, jetzt wieder als die „wahren Arbeiterfreunde“ rein zu waschen. Zum Kriegsjahre gehört Geld; „große Summen sind nötig“, schreibt mit Recht auch der „Bergknappe“; „wegen Geldmangel“ mußte der Streik abgebrochen werden, betonte ganz recht Kamerad Effert. Deshalb erfüllen wir nur die Pflicht der Dankbarkeit, wenn wir den Kameraden zeigen, wer uns in der Not mit guter Tat zur Seite stand.

Nunmehr ist es aber Pflicht der Kameraden, durch **Beitrags-erhöhung** selbst für einen guten Kriegsfond Sorge zu tragen.

Die Gewerkschaftspresse über den Generalstreik der Ruhrbergleute.

Der Generalstreik im Ruhrgebiet hat begreiflicherweise eine ausgedehnte Presseförderung erzeugt, die noch längst nicht beendet ist. Dieser Entziehung, Verlaufs und Beendigung des Streiks läßt sich vieler sagen; der verfloßene Kampf regt außerordentlich zum Nachdenken an über gewerkschaftliche Taktik, Leistungsfähigkeit der Gewerk-

schaffen, ... die ...

Was haben aber ...

Der „Wirt“ ...

Die rasche ...

Am „Zentralrat“ ...

Gewerbetagungen in der ...

Unser englischer ...

Die Gewerbetagungen ...

Die Gewerbetagungen ...

Bei Neugründungen ...

... die ...

... die ...

... die ...

... die ...

... die ...

Die Gewerbetagungen ...

Die Gewerbetagungen ...

Bei Neugründungen ...

... die ...

... die ...

... die ...

... die ...

... die ...

Die Gewerbetagungen ...

Die Gewerbetagungen ...

Bei Neugründungen ...

Schlichte Erfolge zu erwarten und von einer wirtschaftlichen Niederlage der Arbeiter zu scheuen. Ein politischer Machtkampf erfordert einen ganz anderen Maßstab als ein rein wirtschaftlicher Streit und danach haben die Streikenden untergeordnete Erfolge zu erwarten. Sie haben die Notwendigkeit eines allgemeinen Bergarbeiterstreikes, den die Regierung noch am Vorabend des Kampfes leugnete, so überzeugend nachgewiesen, daß selbst ein Mandat bis zur Zustimmung nicht einzuziehen konnte und ein Müller binnen wenigen Tagen seinen Standpunkt vollständig ändern mußte. Das letztere trat um so drablicher hervor, als zu gleicher Zeit sich die Grubenherren auf die für die Regierung bis dahin allein maßgeblichen gegenteiligen Erklärungen der obersten Bergbehörde stützen konnten. Das war ein großer moralischer Erfolg. Die bestimmten Erklärungen der Regierung lösten aber auch erwarten, daß es bei diesem rein moralischen Erfolge nicht bewendet, sondern daß binnen kürzester Zeit tatsächliche Reformen durchgeführt werden. Freilich erfüllen diese Vermutungen, soweit sie über den Inhalt des kommenden Berggesetzes Klarheit schaffen, noch sehr wenig die Anforderungen der Streikenden, weder materiell noch formell. Sie stellen statt der achtstündigen und die 9-8-7-Stündige Schicht, noch dazu auf besonders ungünstige Verhältnisse bedacht, in Aussicht, wozu das Ueberschichtenwesen beibehalten, das Mitteln beistimmen und Arbeiter, ausnahmslos obligatorisch machen. Sie gehen aber der Reform der Grubenkontrolle und des Anspangssystems völlig aus dem Wege und schließen vor allem den Weg der Reichsregierung aus, indem sie die Bergarbeiter auf den Dreiklassenlandtag verweisen. Das ist sicher nicht viel, — wir weniger als das, was die Regierung nach Lage der Verhältnisse hätte tun können und die Bergarbeiter hätten erwarten dürfen. Aber der Einbruch des Streiks war groß genug, um der Regierung eine Wiederholung unerwünscht erscheinen zu lassen und sie zur Tat anzuspornen. Und so wird der Kampf auch seinen materiellen Erfolg haben und der letztere wird um so größer sein, je weniger jetzt die öffentliche Meinung erlahmt in ihrem Eifer für die Sicherstellung eines möglichst weitgehenden Arbeitertages. Die Arbeiter haben der Aufforderung des Reichstanzlers, die Arbeit aufzunehmen, entsprochen und damit bekundet, daß sie den Erfolg ihres Kampfes der Regierung und dem Einfluß der öffentlichen Meinung anvertrauen. Sollte dieses Vertrauen getäuscht werden, so würde dies neue Kämpfe von unabsehbarer Tragweite heraufbeschwören, in denen die Erbitterung die Oberhand gewinnt.

Und einen dritten Erfolg haben die Streikenden darin zu verzeichnen, daß sie den richtungslosen Herrenstandpunkt der Arbeitgeber einmal in seiner ganzen abschreckenden Überblidlichkeit an den Pranger stellten, ihn dem Abscheu, der Verdammung der ganzen öffentlichen Meinung preisgaben. Selbst ein Müller und v. Willow, die gewiß für das Kraftbewußtsein des Unternehmens volles Verständnis offenbaren, sprachen sich gegen das selbstherrliche Verhalten der Grubenbesitzer aus. Ohne diese heilsame Wirkung des Streiks wäre es für die Regierung von der Anerkennung der Notwendigkeit sozialer Reformen bis zu deren Durchführung noch ein weiter Schritt gewesen. — Das Verhalten der Grubenherren überließ sie indes der vorher bewährten ängstlichen Müchtheit und beschleunigte ihr Eingreifen. Für die Arbeiterbewegung liegt darin das Eingeständnis, daß die Zeit der absoluten Unternehmerrherrschafft vorbei ist, und daß es als pflichtwidrig empfunden wird, wenn sich die Arbeitgeber mit den Vertretern der Arbeiter nicht verständigen. Das Scharfmacherium, das schon gelegentlich der Buchhausvorlage eine wohlverdiente Zurückweisung erfuhr, als es die Gesetgebung gegen die Arbeiter zupfeien wollte, zeigte sich diesmal in voller Größe und erstete eine vollendete Blamage. Bürgerliche Sozialpolitiker erwarten davon eine abschreckende Wirkung auch auf die übrigen Arbeitgeberkreise und das Aufhören eines höheren Verkümmertes für das gleichberechtigte Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeiter. Wir gehen uns darüber keinerlei Erwartungen hin, weil wir wissen, daß die Anerkennung der Arbeiterorganisation und ihrer Gleichberechtigung dem Kapitalismus abgerungen werden muß. Aber für weite Kreise des Volkes und insbesondere für die Gesetzgeber bedarf es dieser Demonstration des Herrnenmenschtums in seiner ganzen Gemeingefährlichkeit, um ihnen den Staat im Staate zu zeigen, der die allgemeinen Gesetze und Interessen höhulachend bei Seite schiebt und sein nacktes Selbstinteresse zum leitenden Prinzip er-

hebt. Es wird uns auch dazu führen, den Einfluß dieser Scharfmacher auf die Gesetgebung zu isolieren und alle sozialbedenklichen Streife gegen ihn zusammenzufassen.

Das sind die unstrittigen Erfolge des großen Bergarbeiterkampfes, und wir können mit ihnen ebenso zufrieden sein, als die führenden Arbeitgeberekreise vielen Ausgang mit gemischten Gefühlen gegenübersehen. Diese Herren, die von einer Gewaltpolitik alles hoffen, leben sich mehr als je von der Erfüllung ihrer Wünsche zurückgebrängt und müssen es jetzt erleben, daß der Arbeitsvertrag des einzelnen Arbeiters um ein gutes Teil ihrer Willkür entzogen und gesetzlich geregelt wird. Das ist entsetzlich bitter für Leute, die von ihrer Regierung, von ihrem Minister solches am wenigsten erwartet hätten, und es hießes Vallum in die Hände der Grubenherren und ihrer Trostschmeichele trübseln, wollten wir den Bergarbeitern einreden, sie vertuschen als Besiegte den Kampfplatz. Nein, die Besiegte können erhabenen Stantes an die Arbeitsstätte zurückkehren, nicht als Besiegte, sondern als Männer, für deren gutes Recht eine höhere Macht eingetreten ist. Nicht an die Gnade der Grubenherren, sondern an den Willen des Gesetzgebers haben sie appelliert und dessen Urteil ist zu ungünstig den Grubenherren ausgefallen. Die entscheidende Schlacht ist noch nicht geschlagen, aber auf diesem Felde werden die Grubenherren nicht Sieger bleiben.

Eines aber sei schon heute mit allem Nachdruck ausgesprochen, daß die gewerkschaftliche Organisation sich in diesem Kampfe, der weit über ihre Grenzen hinausging, glänzend bewährt hat. Ohne das einheitliche Eingreifen dieser Organisation wäre der Streik keine so gewaltige Demonstration geworden und nicht in so munterer Ruhe und Ordnung verlaufen. Die gewerkschaftliche Organisation, die das Grubenkapital nicht anerkennen will, die die Kapitalistenpresse als Organisation des gewalttätigen Umsturzes demutiert (die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ wütete gar über „Schurken und Staatsverräter“), hat sich in demselben Moment als Hort der Gesetzlichkeit und öffentlichen Sicherheit erwiesen, in dem der Bergbauverein an die Waffengewalt appellierte, um einen Bürgerkrieg anzufachen, — sie war vom ersten bis zum letzten Augenblicke des Kampfes ernstlich um den Frieden und die öffentliche Wohlfahrt bemüht, die von der Organisation der Grubenherren zurückgewiesen, verhöhnt und mit Füssen getreten wurden. Die enttäuschten, verfolgten, von Staatsanwalt und Polizei regierten Gewerkschaften, deren Koalitionsrecht jeder Willkür preisgegeben, deren zivilrechtliche Lage jeglichen Schutzes entbehrt, haben sich auf's Neue als Organe der allgemeinen Wohlfahrt, als staatserkhaltend im wörtlichen Sinne bewährt, während der Umsturz, der Terrorismus und die Mißachtung des Gemeinwohls auf Seiten der Koalition der Grubenherren wahre Orgien feierten. Will die Reichsregierung diese Lehre des Bergarbeiterstreiks bei der bevorstehenden gesetzlichen Regelung der Berufsvereine ernstlich berücksichtigen, so muß sie den gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter freie Bahn schaffen und ihnen diejenigen Rechte gewähren, deren sie zur Erziehung und Disziplinierung der Arbeiter, aber auch zur Vertretung ihrer Rechte gegenüber einem herrschsüchtigen und unverträglichen Unternehmertum bedürfen. Nach diesem Maßstab werden wir den in Wälden verheißenen Gesetzesentwurf der Regierung prüfen.

Schließlich sei auch noch das Berufsamt „Fachorgan“ der Scharfmacher zitiert, die in Berlin erscheinende „Arbeitgeber-Zeitung“. Dieses Scharfmacherorgan erwähnt zustimmend die „Antisozialdemokratische Korrespondenz“ des Herrn Lorenz, die meinte, erst hätten die Bergarbeiter eine gründliche Niederlage erleiden müssen; wenn dann die Regierung mit ungebundenen Händen ans freiem Entschluß vor die niedergelegte Masse getreten wäre, um ihr zu sagen: „Wir lassen euch nicht am Boden liegen, der Hohenzollernstaat hilft stets dem Schwachen, und ihr sollt nach objektiver Prüfung euer zureichendes Vergesetz haben“ — so wäre das ein großer Erfolg der Regierung und ein schwerer Schlag für die sozialdemokratische Arbeiterführung gewesen.

Aber, so fährt dann die „Arbeitgeber-Zeitung“ fort, der geeignete Moment ist verpaßt. Die Arbeiter sind nicht die Besiegten, sondern die Sieger; sie sind zwar mit misben-

Worten aufgefordert worden, nimmere die Streitart zu begraben, sondern zur Arbeit zurückzukehren, aber ihre Führer werden sich zu Wohlgehe bewahrt sein, daß es ihnen von der Gesetzgebung ihre Forderungen zu zwingen; es ist ein Präzedenzfall geschaffen, daß die Staatsgewalt dem sozialen Zug der Zeit folgt über die Verantwortlichkeit hinaus Konsequenzen macht, unter allen Umständen für die Integrität der Grundlagen des öffentlichen Rechts. Gerade zu tragen.“

Der Gesetzesentwurf betreffend das Zechenstilllegen.

Wenn man den unten abgedruckten Gesetzesentwurf durchliest, kommt man unwillkürlich zu der Frage: Will die Regierung den Syndikatsherren das Zechenstilllegen erleichtern oder erschweren? Ganz das Verfahren ist vereinfachter vorgezogen, das Oberbergamt soll weitgehendere Befugnisse erhalten, es kann schneller eingreifen. Zum guten Teil ist der Gesetzesentwurf zu den Bestimmungen der alten Bergordnung zurückgekehrt, die der Bergbehörde bekanntlich die ganze Betriebsleitung übertragen. Der vorliegende Gesetzesentwurf anerkennt wenigstens im Prinzip deutlich den Charakter des „Grubenbesizers“ als Besetzten. Die Regierung gibt durch ihren Gesetzesentwurf zu, daß die bisherige Freigabe der Mineralien zur Ausbeutung durch Privatkapitalisten nicht ganz aufrecht zu erhalten ist. Die „Eigentumsrechte“ der Grubenbesitzer sollen im Allgemeininteresse beschnitten werden, der soziale Gesichtspunkt soll leitend sein; dies ist auch ein Zugeständnis an die sozialistische Lehre über die Umgestaltung der Produktionsverhältnisse. Nicht der Einzelne soll sich über die geschäftlichen Bedürfnisse hinwegsetzen dürfen, sondern der Einzelne hat sich dem Bedürfnis der Gesamtheit unterzuordnen. Theoretisch stellt also der Gesetzesentwurf ein bedeutames Zeugnis für den Fortschritt sozialer Erkenntnis in der Regierung dar.

Aber wie wird die Praxis sein? Halbheit! Ja, unter Umständen können noch schlimmere Zustände eintreten. Zunächst die Zerschneidung der Zechen, das hier „Zechen“ einzeln richtig ist. Es darf nicht in das Ermessen gerade der Bergbehörde gestellt werden, ob sie gegen das Zechenstilllegen einschreiten will, da können wir eventuell zu schlimmen Zuständen. Die Bergbehörde muß einschreiten in Wahrung der gefährdeten öffentlichen Interessen.

Wann verschommen ist die Vorschrift, nach welcher nur solche Zechen zwangsweise weiter betrieben werden sollen, die „Gewinn“ versprechen. Was heißt „Gewinn“? Wie hoch muß die Anteile sein, um von „Gewinn“ sprechen zu können? Es gibt Gesellschaften, die bei 5 bis 10 Prozent Dividende von „zufriedenstellendem Abschluß“ berichten, andere werfen 30 bis 75 Prozent ab und die Aktionäre klagen noch über die ihnen mitleidigen Kleingewinne schmälerenden „hohen Arbeitslöhne“. Also wo ist die untere „Gewinnsgrenze“, die noch zum Weiterbetrieb der Zechen verpflichtet? Wer die amtliche Zeitschrift über das Zechenstilllegen gelesen hat, der wird auch Bedenken tragen, der Bergbehörde die Entscheidung darüber zu belassen, welche Zechen mit „Gewinn“ zu betreiben, welche Flüze noch als „abbaubar“ anzusehen sind.

It nun schließlich der ganze Zustanzweg beendet, hat die Bergbehörde die Rentabilität der Zechen anerkannt, den Betrieb zwangsweise übernommen, das Enteignungsverfahren glücklich durchgeführt, was dann? Dann soll die Zwangsversteigerung des Bergwerks beginnen. Gesteht der Fall, es findet sich kein Käufer, was dann? Soll dann die Grube verkommen? Da hätten die Unternehmer ja doch ihren Willen! Glaubst die Regierung, die Unternehmer fänden kein Mittel, für alle Fälle den Weiterbetrieb eines „zwangsversteigerten“ Bergwerks finanziell unmöglich zu machen? Schon der vorliegende

An Unterstellungen gewährt die Union laut Statut, Streiksgefall im Fall eines Generalstreiks 8 Schilling und für jedes Kind 1 Schilling pro Woche, d. h. so lange wie Geld in der Lohnkasse vorhanden ist. Würde jetzt ein Generalstreik ausbrechen, so würde in 4 Wochen unsere Kasse leer sein. Der jetzige Kassenbestand von 40 000 Pfund (ca. 800 000 Mk.) würde nicht länger hinreichen. Bei Lokalfstreiks hat der Council die Streiksgefall sogar auf 12 Schilling und 1 Schilling für jedes Kind pro Woche festgesetzt. Dann kommen aber auch Sektionsstreiks in Betracht, an denen öfters 15-20 Mann beteiligt sind, hat die betreffende Branche einen guten Lokalfonds, so erhalten die Streikenden zu der vom Council bewilligten Unterstüttung, noch wöchentlich 4 oder auch 6 Schilling aus dem Lokalfonds. Diese Sektionsstreiks halten öfters 20 Wochen und länger an und verlangen meistens im Sande, indem die Beteiligten sich vor und nach andere Arbeit suchen. Die Lokalfstreiks ganzer Bezugsstellen sind im Laufe der letzten 8 Jahre gewonnen worden. Im Jahre 1903 wurden allein von unserer Council-Union 9324 Pfund, 8 Schilling, 10 Pence für Lokalfstreiks ausgezahlt. An Sterbegeld erhält das Mitglied oder dessen Frau laut Statut 4 Pfund; für einen Sohn von 6-14, für eine Tochter von 6-16 Jahren 2 Pfund. Für Kinder von 1 bis 6 Jahren 30 Schilling, und unter 1 Jahr alt oder totergebend, 20 Schilling, 2718 Pfund und 18 Schilling hat 1903 an Sterbegeld ausgezahlt worden. Gemahregelunterstüttung, die ebenfalls gezahlt wird, ist vom Council auf 16 Schilling pro Woche festgesetzt worden. Auch werden, wenn ein Gemahregelster verziehen muß, Anzugskosten gezahlt. Ob ein Mitglied im Sinne des Statuts gemahregelt ist, darüber entscheidet das Exekutivkomitee. Leider wird nur sehr selten Mahregelung angenommen. Aber trotzdem wurden 1903 an Gemahregelte ausgezahlt 202 Pfund 13 Schilling und 8 Pence.

Für Rechtsschutz wurden im selben Jahre 789 Pfund 8 Schilling 9 Pence ausgegeben. Diese Ausgaben wurden fast durchweg gemacht, um den Mitgliedern zu ihrem Rechte zu verhelfen und wird diese Summe von Jahr zu Jahr noch steigen. Nach der Kompensationsbill (Unfallgesetz) muß der Arbeiter, um eine Rente beanspruchen zu können, erst nachweisen, daß kein Verschulden seinerseits den Unfall herbeiführte, wie das früher in Preußen geltende Haftpflichtgesetz ebenfalls vorgeschrieben. Vornehmlich nur ein Unternehmer — und das geschieht nur allzuoft — einem Verunglückten eine Rente zu zahlen, muß dieser durch einen Rechtsanwalt an den Sheriff (Mintersrichter) appellieren. (Schiedsgerichte gibt es nicht.) Bringt die Grubenverwaltung nun Zeugnis bei, daß der Arbeiter die Schuld an seinem Unfall trifft, erhält er keine Kompensation oder Rente und selbst, wenn der Unfall den Tod des Betroffenen herbeiführte, werden die Hinterbliebenen mit ihren Ansprüchen abgewiesen. Leider die Art und Weise, wie die Sheriffs dieses Gesetz auslegen, führte einem der Vorstand zitierten. Das Gesetz schreibt vor, daß dem Verunglückten die Hälfte seines früheren Lohnes gezahlt werden soll. Zur Berechnung des Lohnes wird nun die letzte vierwöchentliche Lohnperiode zur Unterlage genommen und, falls der Verunglückte in dieser Lohnperiode nur eine oder zwei Schichten verfahren hat, wird dieser Lohn demnach als der volle Verdienst von vierzehn Tagen zu Grunde gelegt und dementsprechend dem Verlegten der halbe Lohn als Rente zuerkannt. So sind Fälle zu verzeichnen, wo der Sheriff sein Durchschnittslohn eines Verunglückten auf 6-8 Schilling, die Kompensation also auf 3-4 Schilling, in einem Falle sogar nur auf 11 Pence die Woche festsetzte, während der Verlegte in der vorausgehenden Lohnperiode und auch sonst tatsächlich 99-100 Schilling verdient hatte, so daß ihm nach dem Gesetz eine Rente von 45-50 Schilling zustand. Nicht nur in Deutschland, sondern auch in England macht man Arbeiterunglücksfälle, die auf dem Papiere zwar sehr schön ausschauen, in Wirklichkeit nur da sind, um übertreten zu werden.

Die angeführten Ausgaben beziehen sich allein auf die Lancaster-County-Union, deren Mitgliedszahl zwischen 25 000 bis 30 000 schwankt. Genau kann die Zahl niemals angegeben werden, denn wenn ein Mitglied von einem Werk abtritt, verläßt es damit auch die Prämie und tritt dort wieder ein, wo es wieder zu arbeiten anfängt. Abgemeldet brauchen keine Mitglieder zu werden und werden es auch nicht. Wer zwölf Wochen mit seinem Beitrag in Rückstände ist, wird gestrichelt. Bei späterer Wieder-Aufnahme müssen 10 Schilling Einzahlungsgehalt gezahlt werden. Die Mitglieder müssen 26 Wochenbeiträge gezahlt

haben, ehe sie irgend welche Unterstüttungen zu beziehen berechtigt sind. Leider die jährlichen Ausgaben der Distrikt-Unionen werden keine statistischen Angaben gemacht.

Der schlimmste Fehler der englischen Miners-Unionen ist, daß sie sich absolut nicht um die Grubenmishandlung kümmern, was der deutsche Bergarbeiterverband in so vorzüglicher Weise tut. Eine Zeitung haben die Unionen ja nicht, aber auch in den Versammlungen werden Grubenmishandlungen niemals besprochen. Den Grubenbaronen so auf den Hals rücken wie es die deutschen Verbandskameraden tun, machen die englischen Bergleute nicht und darum sieht es auf englischen Gruben vielfach schrecklicher aus als auf deutschen.

Wahrscheinlich gibt es in England nicht, wollen die Leute auch nicht haben; sie wäshen bloß Gesicht, Hände und Füße, den andern Dreck bedecken die Kleider und zu Hause mächt man sich auch nicht. In den Gruben herrscht ständiger Holz- und Schienenmangel und das ist noch das kleinste Uebel. Sehr oft kommt es vor, daß Arbeiter wieder nach Hause gehen müssen, weil ein Bruch oder sonst etwas in ihrer Strecke nicht in Ordnung ist; die Schicht ist dann verloren. Fällt während der Schicht irgend etwas vor, so müssen die vor Kohle arbeitenden Leute nach Hause gehen. Es sind extra Leute angestellt, welche die Reparaturarbeiten besorgen. Mit dem Bergarbeiterstand sieht es wirklich traurig aus. Der Grund, daß trotzdem nicht mehr Unfälle passieren, liegt erstens darin, daß gar keine Ueberwachungen verfahren werden und zweitens schützt sich der Arbeiter selbst. Hat er kein Holz oder steht ihm etwas gefährlich aus, so geht er einfach nach Hause, er kann ja zu jeder Zeit herausfahren und hat nur dem Steiger Meldung zu machen, der dann durch Schichtführer die gefährlichen Stellen in Ordnung bringen oder sonst auch verbauen läßt. Kommt der Arbeiter am nächsten Tag wieder und findet, daß noch nicht verbaut ist, so geht er wieder nach Hause; hat er währenddessen Aussicht auf andere Arbeit, oder diese gar bekommen, so nimmt er sein Gehälte mit und kauft auf der neuen Arbeitsstelle an. Auf diese Art gehen den Kohlenbaronen viele Schichten im Jahre verloren; von den 5 Schichten, die wir wöchentlich arbeiten sollen, werden manchmal bloß drei gearbeitet. Was würde der Bergbauliche Verein dazu sagen, wenn die deutschen Bergleute eine solche Freiheit ihrer Arbeitsbestimmung forderten und doch hält dieser Verein die englischen Bergleute für viel „praktischere“ Leute als die deutschen. In mancher Beziehung sind sie das auch, aber beileibe nicht im Sinne der deutschen Kohlenführer. Von dem gesetzlichen Recht, Arbeiterkontrollen anzustellen, machen die Unionen aus Furcht vor Maßregelungen wenig Gebrauch.

Tragbahnen sind in den Gruben nicht vorhanden, Krankenwagen auf den Zechen gibt es auch nicht, sondern nur ein städtischer Ambulanzwagen ist da, für dessen Erhaltung jeder Arbeiter jährlich 50 Pf. zahlen muß. Ist ein Mann schwer verletzt, muß er auf der Grube warten, bis der Ambulanzwagen kommt, der ihn ins Hospital bringt. Ein leicht Verlegter wird mittels einer Kohlenkarre nach Hause gebracht. Ist einer auf der Grube tot geblieben, wird er auf eine Leiter aufgebahrt und diese dann auf eine Kohlenkarre gelegt, zwei Mann setzen sich in die Karre und halten die Leiter fest, damit sie nicht samt den Toten unterwegs herunterfällt, und fort geht es nach seiner Behausung. Dann ist man den Kerl los.

Ueber die hohen Löhne, die die englischen Bergleute verdienen, wird nach außen sehr viel Geschrei gemacht, aber von den horrenden und höchst ungerechten Abzügen erzählt niemand. Es soll nicht bestritten werden, daß die Löhne hier höher stehen als in Deutschland, aber uns werden auch Abzüge gemacht, die sich die deutschen Bergleute heute nicht gefallen ließen. Der englische Bergmann muß seine familiären Gehälte laufen und jede Belegschaft muß einen Schiedsrichter unterhalten. Dem Schiedsrichter müssen sie das Werkzeug, die Stöcken und das Licht stellen und an die Gewerkschaft auch noch die Miete für die Schmiedeblöcke zahlen. Ebenso müssen sie ihre eigene Lampe halten und auch die Unterhaltungskosten für die Lampenbuden aufbringen. Gegen diesen Unfug Front zu machen, fällt den Gewerkschaften gar nicht ein; wie weit die Arbeiter im allgemeinen noch zurück sind, beweist schon, daß, wenn ein Betriebsführer oder Steiger die Grube verläßt, die Belegschaften unter sich Geld sammeln, um ihrem Peiniger ein Bescheid

zu geben. Es wäre doch ein leichtes für die Führer, diesen Lasten zu befeigen, wollten sie nur etwas mehr für die Interessen der Arbeiter eintreten.

Eine Statutenänderung, natürlich eine Verbesserung der heutigen ist längst erforderlich, aber das kann nur in einer Spezialkonferenz geschehen und diese einzuberufen hat man bisher unterlassen. Die Schuld hieran liegt am Council, dessen Delegierten fast ausschließlich Wegekontrollanten sind und die verhältnismäßig eine gesicherte und auskömmliche Lebensstellung haben, darum aber auch viel zu wenig Rücksicht auf die Lage der Arbeiter nehmen. Von 120 Council-Delegierten sind höchstens 8 bis 10 wirkliche Arbeiter, die übrigen Wegekontrollanten. Diese Leute werden mit Vorliebe gewählt, weil sie nicht gemahregelt werden können, und als die aufgeschlafftesten gelten. Wer aber den Councilsitzungen beigewohnt (nur Delegierte haben Zutritt) macht die Erfahrung, daß das durchaus nicht der Fall ist. Da wird eine Unmenge Zeit und Geld verschwendet, das Jahr hindurch hunderte von Resolutionsen angenommen, aber nichts ausgeführt. Es ist vieles faul im Staate der Unionen, was leicht anders sein könnte, wenn die Arbeiter besser geschult wären und mehr Interesse an der Sache hätten. Warum sind die Leute aber nicht besser geschult? Erst im Jahre 1873 ist der Schulzwang hier eingeführt worden; die älteren Leute können weder lesen noch schreiben. Sie bekümmern sich deshalb wenig um ihre Lage, sondern gehen meistens dem Sport nach; Wetteurren, Fußballspiel usw. Interessiert sie mehr als ihre Gewerkschaften und der Rest ihrer freien Zeit wird dem Alkohol gewidmet, der stark unter den Bergarbeitern Großbritanniens grassiert. Die Organisation tut auch in dieser Frage so gut wie nichts zur Aufklärung; wohl finden dann und wann Distrikt-Versammlungen statt, wo ein Agent einen Vortrag hält über die neuesten Vorgänge des Kohlenhandels oder der Lohnfrage. Der Vortragende wird von vornherein bestimmt; freie Diskussion wird den Mitgliedern nicht gewährt, nur Fragen stellen ist erlaubt, die der Redner nachher beantwortet. Die Meinung der Mitglieder kommt niemals zum Ausdruck. Von Bibliotheken ist gar keine Rede. Doch ist Hoffnung vorhanden, daß hierin Veränderung eintritt, wenn die heutige Jugend heranwächst, erst dann werden sich diese Zustände ändern. Seit 2 Jahren darf kein Kind unter 14 Jahren die Schule verlassen.

Die Vertretung der englischen Arbeiter, insbesondere der Bergarbeiter im Parlament, läßt fast alles zu wünschen übrig. Wohl sind einige Miners-Agenten in den Mine-Distrikten von England, auch einer von Südwales als Abgeordneter gewählt; diese sind schon seit 15 Jahren und länger im Parlament, aber seit dieser Zeit ist keiner mehr neu hinzugewählt worden. Die schottländischen Bergleute haben nach gar keinen Vertreter. Noch vor 4 Jahren wurde ein dahingehender Antrag, sich wiederum an den Parlamentswahlen zu beteiligen, von dem Council niedergestimmt. Erst vor 2 Jahren wurde ein solcher Antrag mit schwacher Majorität angenommen. Zu gleicher Zeit wurde aber auch bestimmt, falls ein Unionbeamter gewählt würde, dürfe er sich keiner politischen Partei anschließen, hauptsächlich aber nicht der sozialistischen. Der Grund zu diesem Vorgehens besteht zunächst darin, daß die Union eine gewisse Summe als Garantie für den Unterhalt eines Abgeordneten, im Falle er gewählt würde, hinterlegen muß. So weit mir bekannt ist, müssen 200 Pfund Sterling hinterlegt werden. Diese Summe muß von der Union hinterlegt werden, außerdem muß die Union die ganzen Agitationskosten tragen.

Als Kandidaten werden selbstverständlich nur Miners-Agenten, also Gewerkschaftsbeamte aufgestellt, die aber ihrer hohen Gehälter halber die sie beziehen, unter den Arbeitern nicht besonders beliebt sind und darum auch nicht allzuviel Aussicht auf Erfolg haben. Außerdem befürchten die Bergleute wiederum, daß der Beamte, sobald er Parlamentsmitglied ist, eine Gehaltserschöpfung beantragt, um seine Extrausgaben in London bestreiten zu können und das sucht man zu vermeiden. Die englischen Arbeiter sind heute noch zu wenig aufgestellt um das Prinzip von der Person trennen zu können und so ist es leicht erklärlich, daß in den Miners-Distrikten die Kandidaten der Miners-Unionen bei den Parlamentswahlen durchfallen. Auch hierin wird erst mit dem Heranwachsen der jungen Generation eine Besserung eintreten.

Zentrumsleute gegen christliche Gewerksvereine. Die katholische Zentrumspartei hat in der letzten Zeit eine Reihe von Beschlüssen gefasst, die gegen die christlichen Gewerksvereine gerichtet sind. Diese Beschlüsse sind in der „Katholischen Arbeiterzeitung“ veröffentlicht worden. Die Beschlüsse betreffen die Anerkennung der christlichen Gewerksvereine als offizielle Gewerkschaften, die Anerkennung der christlichen Gewerksvereine als offizielle Gewerkschaften, die Anerkennung der christlichen Gewerksvereine als offizielle Gewerkschaften.

Wißstände auf den Gruben. In der letzten Zeit sind auf den Gruben verschiedene Unfälle vorgefallen. Diese Unfälle sind in der „Bergarbeiterzeitung“ veröffentlicht worden. Die Unfälle betreffen die Unfälle auf den Gruben, die Unfälle auf den Gruben, die Unfälle auf den Gruben.

Der „Verband christlich-national gesinnter Arbeiter“ im Siegerland. Der Verband christlich-national gesinnter Arbeiter im Siegerland hat in der letzten Zeit eine Reihe von Beschlüssen gefasst. Diese Beschlüsse sind in der „Bergarbeiterzeitung“ veröffentlicht worden. Die Beschlüsse betreffen die Anerkennung der christlich-national gesinnten Arbeiter als offizielle Gewerkschaften, die Anerkennung der christlich-national gesinnten Arbeiter als offizielle Gewerkschaften, die Anerkennung der christlich-national gesinnten Arbeiter als offizielle Gewerkschaften.

Der Streik in der Rheinischen Industrie ist beendet. Der Streik in der Rheinischen Industrie ist beendet. Die Arbeiter haben ihre Forderungen durchgesetzt. Die Arbeitgeber haben die Forderungen der Arbeiter angenommen. Der Streik ist beendet.

Die „Arbeiterzeitung“. Die „Arbeiterzeitung“ ist eine wichtige Zeitung für die Arbeiter. Sie berichtet über die Ereignisse in der Arbeiterbewegung. Sie ist eine wichtige Zeitung für die Arbeiter.

Die „Katholischen Arbeitervereine“ der Rheinischen Industrie. Die katholischen Arbeitervereine der Rheinischen Industrie haben in der letzten Zeit eine Reihe von Beschlüssen gefasst. Diese Beschlüsse sind in der „Bergarbeiterzeitung“ veröffentlicht worden. Die Beschlüsse betreffen die Anerkennung der katholischen Arbeitervereine als offizielle Gewerkschaften, die Anerkennung der katholischen Arbeitervereine als offizielle Gewerkschaften, die Anerkennung der katholischen Arbeitervereine als offizielle Gewerkschaften.

Der „Verband christlich-national gesinnter Arbeiter“ im Siegerland. Der Verband christlich-national gesinnter Arbeiter im Siegerland hat in der letzten Zeit eine Reihe von Beschlüssen gefasst. Diese Beschlüsse sind in der „Bergarbeiterzeitung“ veröffentlicht worden. Die Beschlüsse betreffen die Anerkennung der christlich-national gesinnten Arbeiter als offizielle Gewerkschaften, die Anerkennung der christlich-national gesinnten Arbeiter als offizielle Gewerkschaften, die Anerkennung der christlich-national gesinnten Arbeiter als offizielle Gewerkschaften.

Die „Arbeiterzeitung“. Die „Arbeiterzeitung“ ist eine wichtige Zeitung für die Arbeiter. Sie berichtet über die Ereignisse in der Arbeiterbewegung. Sie ist eine wichtige Zeitung für die Arbeiter.

Die „Katholischen Arbeitervereine“ der Rheinischen Industrie. Die katholischen Arbeitervereine der Rheinischen Industrie haben in der letzten Zeit eine Reihe von Beschlüssen gefasst. Diese Beschlüsse sind in der „Bergarbeiterzeitung“ veröffentlicht worden. Die Beschlüsse betreffen die Anerkennung der katholischen Arbeitervereine als offizielle Gewerkschaften, die Anerkennung der katholischen Arbeitervereine als offizielle Gewerkschaften, die Anerkennung der katholischen Arbeitervereine als offizielle Gewerkschaften.

Der „Verband christlich-national gesinnter Arbeiter“ im Siegerland. Der Verband christlich-national gesinnter Arbeiter im Siegerland hat in der letzten Zeit eine Reihe von Beschlüssen gefasst. Diese Beschlüsse sind in der „Bergarbeiterzeitung“ veröffentlicht worden. Die Beschlüsse betreffen die Anerkennung der christlich-national gesinnten Arbeiter als offizielle Gewerkschaften, die Anerkennung der christlich-national gesinnten Arbeiter als offizielle Gewerkschaften, die Anerkennung der christlich-national gesinnten Arbeiter als offizielle Gewerkschaften.

Die „Arbeiterzeitung“. Die „Arbeiterzeitung“ ist eine wichtige Zeitung für die Arbeiter. Sie berichtet über die Ereignisse in der Arbeiterbewegung. Sie ist eine wichtige Zeitung für die Arbeiter.

Die „Katholischen Arbeitervereine“ der Rheinischen Industrie. Die katholischen Arbeitervereine der Rheinischen Industrie haben in der letzten Zeit eine Reihe von Beschlüssen gefasst. Diese Beschlüsse sind in der „Bergarbeiterzeitung“ veröffentlicht worden. Die Beschlüsse betreffen die Anerkennung der katholischen Arbeitervereine als offizielle Gewerkschaften, die Anerkennung der katholischen Arbeitervereine als offizielle Gewerkschaften, die Anerkennung der katholischen Arbeitervereine als offizielle Gewerkschaften.

Internationale Arbeiterbewegung.

Wieder ein großer Gewerkschaftskongress. Ein großer Gewerkschaftskongress findet in Amerika statt. Die Arbeiter haben ihre Forderungen durchgesetzt. Die Arbeitgeber haben die Forderungen der Arbeiter angenommen. Der Kongress ist beendet.

Die „Arbeiterzeitung“. Die „Arbeiterzeitung“ ist eine wichtige Zeitung für die Arbeiter. Sie berichtet über die Ereignisse in der Arbeiterbewegung. Sie ist eine wichtige Zeitung für die Arbeiter.

Die „Katholischen Arbeitervereine“ der Rheinischen Industrie. Die katholischen Arbeitervereine der Rheinischen Industrie haben in der letzten Zeit eine Reihe von Beschlüssen gefasst. Diese Beschlüsse sind in der „Bergarbeiterzeitung“ veröffentlicht worden. Die Beschlüsse betreffen die Anerkennung der katholischen Arbeitervereine als offizielle Gewerkschaften, die Anerkennung der katholischen Arbeitervereine als offizielle Gewerkschaften, die Anerkennung der katholischen Arbeitervereine als offizielle Gewerkschaften.

Der „Verband christlich-national gesinnter Arbeiter“ im Siegerland. Der Verband christlich-national gesinnter Arbeiter im Siegerland hat in der letzten Zeit eine Reihe von Beschlüssen gefasst. Diese Beschlüsse sind in der „Bergarbeiterzeitung“ veröffentlicht worden. Die Beschlüsse betreffen die Anerkennung der christlich-national gesinnten Arbeiter als offizielle Gewerkschaften, die Anerkennung der christlich-national gesinnten Arbeiter als offizielle Gewerkschaften, die Anerkennung der christlich-national gesinnten Arbeiter als offizielle Gewerkschaften.

Die „Arbeiterzeitung“. Die „Arbeiterzeitung“ ist eine wichtige Zeitung für die Arbeiter. Sie berichtet über die Ereignisse in der Arbeiterbewegung. Sie ist eine wichtige Zeitung für die Arbeiter.

Die „Katholischen Arbeitervereine“ der Rheinischen Industrie. Die katholischen Arbeitervereine der Rheinischen Industrie haben in der letzten Zeit eine Reihe von Beschlüssen gefasst. Diese Beschlüsse sind in der „Bergarbeiterzeitung“ veröffentlicht worden. Die Beschlüsse betreffen die Anerkennung der katholischen Arbeitervereine als offizielle Gewerkschaften, die Anerkennung der katholischen Arbeitervereine als offizielle Gewerkschaften, die Anerkennung der katholischen Arbeitervereine als offizielle Gewerkschaften.

Der „Verband christlich-national gesinnter Arbeiter“ im Siegerland. Der Verband christlich-national gesinnter Arbeiter im Siegerland hat in der letzten Zeit eine Reihe von Beschlüssen gefasst. Diese Beschlüsse sind in der „Bergarbeiterzeitung“ veröffentlicht worden. Die Beschlüsse betreffen die Anerkennung der christlich-national gesinnten Arbeiter als offizielle Gewerkschaften, die Anerkennung der christlich-national gesinnten Arbeiter als offizielle Gewerkschaften, die Anerkennung der christlich-national gesinnten Arbeiter als offizielle Gewerkschaften.

Die „Arbeiterzeitung“. Die „Arbeiterzeitung“ ist eine wichtige Zeitung für die Arbeiter. Sie berichtet über die Ereignisse in der Arbeiterbewegung. Sie ist eine wichtige Zeitung für die Arbeiter.

Die „Katholischen Arbeitervereine“ der Rheinischen Industrie. Die katholischen Arbeitervereine der Rheinischen Industrie haben in der letzten Zeit eine Reihe von Beschlüssen gefasst. Diese Beschlüsse sind in der „Bergarbeiterzeitung“ veröffentlicht worden. Die Beschlüsse betreffen die Anerkennung der katholischen Arbeitervereine als offizielle Gewerkschaften, die Anerkennung der katholischen Arbeitervereine als offizielle Gewerkschaften, die Anerkennung der katholischen Arbeitervereine als offizielle Gewerkschaften.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Streikrecht!

Unser Generalkrieg ist in mühseliger Ruhe verlaufen; nicht regierungsgünstig (Wolff Posadowsky) hat man den Streikern Anerkennung für ihre ruhige Haltung gewollt. Um so dringlicher muss darum die Justizaktion, die mit verbührender Schnelligkeit schon während des Streiks einsetzte, nach dem Streik aber erst recht mit sicherem Eifer arbeitet „zum Schutz der Arbeitswilligen“, wie die Weltspresse schreibt. Tausende von „Streiklosen“ sind schon an den Werken in Dortmund, Bochum, Welfenkirchen, Essen, Oberhausen, Duisburg usw. verhaftet worden, viele haben nach der Gefängnisstrafe in der Haft verstorben. Wir sind sehr bedauernd nicht gegen die Verhaftung von professionellen Radaumachern und frivolen Gescheueverlechern. Gerade die „Bergarbeiterzeitung“ hat während des ganzen Streiks energisch zur Beachtung der Gesetze aufgefordert, in jeder Nummer warnten wir eindringlich vor der „Verleumdung von Arbeitswilligen“. Schon deshalb, um den lauernden Feinden einen neuen Jagthausvortrag des Sozialmachergeschäfts zu verbieten. Es ist ja auch den Organisationen vortrefflich gelungen, die diesem Hofe von 200000 Streikenden in beispielloser Ordnung zu halten. Wenn sich unter den 200000 auch einige hundert nicht zu löbende Leute befänden, die allen Mahnungen zum Trotz sich vergingen, was will das bedingen? Kommen außer den Streikzeiten keine Hoffnungen vor? Aber gewiss, haben doch selbst Polizei- und Gendarmen erklärt, während des Streiks sei es im Revier ordentlich zugegangen wie zu Zeiten, wo alles arbeitet. Es ist doch auch nicht die Schuld der Arbeiter, daß sie teilweise ganz ungebildet sind, warum haben wir keine bessere Volksschule? Gibt es doch „maßgebende Kreise“, denen die heutige Volksschule schon viel zu weit geht. Erst läßt man die Armen aus Mitleidens Schuld werden, dann überläßt man sie der Zeit.

Was aber schon jetzt an Streikverbrechen vorliegt, fordert zur schärfsten Kritik heraus. Mindestens beweisen die erschreckend hohen Verhaftungen zum Teil harmloser Bergleute, daß unsere Gesetze „zum Schutz der Arbeitswilligen“ durcheinander geraten! Haben doch Arbeiter, die nur ein schäbliches Wort zu Arbeitswilligen äußerten, hässliche schwere Gefängnisstrafen erhalten! Der Bergmann W., der in Arbeitswilligen Sabotage „mit Gewalt von der Arbeit“ zurückgehalten haben soll, bekam 6 Wochen Gefängnis, obgleich der Gerichtsvorsitzende selbst die „Tat“ als einen „Dummeneinigungsstreik“ bezeichnete. Für einen Dummeneinigungsstreik 6 Wochen Gefängnis! 1 bis 3 Monate Gefängnis werden verhängt über bisher unbestrafte Bergleute, die Arbeitswillige „mit Worten bedroht“, sie „angeflücht“, „tödlich angegriffen“, Fenster eingeworfen haben. Ein Bergmann sagte zu einem Arbeitswilligen, er solle auch lieber zu Hause hinter dem Ofen bleiben. Dafür wurde der Täter vom Dortmunder Gericht zu Gefängnis verurteilt. Das geht auch der „Adl. Volksschule“ über den Bogen; sie sagt, eine Justizhausvortage sei überflüssig.

Größtes Aufsehen dürfte auch ein anderes Urteil des Dortmunder Schöffengerichts erregen. Bei einem Streikenden nahmen zwei Arbeitswillige zur Miete, die von Zechenbeamten vom Zechen abgeholt wurden. Der Vermieter verbot den Beamten das Verleihen seines Hauses, worin sich das Schöffengericht einen „Gewalttat gegen die Arbeitswilligen“ — der Vermieter erhielt fünf Tage Gefängnis!!! Ist denn der Hausbesitzer nicht mehr Herr im eigenen Hause? Der „zum Schutz der Arbeitswilligen“ denn auch das Hausrecht auf? Andererseits werden Bergleute wegen Hausfriedensbruchs bestraft, wenn sie Zechenkolonnen „verbotswidrig“ betreten, um die dortigen Kameraden für die Organisation zu gewinnen! Das alles sind Verbrechen, die das Volk nicht verzeiht. Die auch unbedingt im Parlament zu verurteilen gebührt werden müssen! Die Verleumdungen werden nicht überprüfbar, alle Streikverbrechen sammeln und sie durch ihre Verleumdungen im Parlament verwerten lassen gegen die Arbeitswilligen. Deshalb ermahnen wir unsere Kameraden und Ortsvereine, eben unsere „Kameraden“, uns

Aus anderen Bergarbeiterorganisationen.

Der „Bergarbeiter“. Das Organ des Gewerksvereins christlicher Bergleute schreibt in einem Artikel: „Nach dem Streik“: Es müssen die Forderungen bedeutend erhöht werden, mit den wenigen bis jetztigen Gewinnsätzen ist kein großer Kampf zu führen. Die anderen Gewerkschaften bedanken sich dafür, ihre Klassen zu leeren für die Bergleute, die selbst nur lächerliche Weiränge leisteten. Die Verbände könnten sich nebeneinander wieder vereinigen, aber sie müßten zusammengehen und „wieder auf den Kampfplatz treten“, wenn man seitens der Regierung die Bergleute wieder vergessen sollte! In einem anderen Artikel: „An die Frauen der Kameraden“, sagt der „Bergarbeiter“: „Die Frauen der Kameraden müssen nicht möglich sein.“ Wie wir der Zeit mehr entnehmen, will der Gewerksverein seinen Sitz nach Essen verlegen; sofort sollen 6 neue Beamte angeheuert werden zur Verabreichung energischer Agitation.

Der polnische Gewerksverein erklärt in Sadow Brzeskot eine Erklärung. Bekanntlich erkrankte das Gericht. Brzeskot wäre

Achtung Kameraden!

Die Berichte im Ruhrgebiet arbeiten mit unerhörter Schnelligkeit gegen die Streikführer. Ganz außerordentlich hohe Strafen werden verhängt wegen verhältnismäßig geringfügiger Vergehen. Wir fordern die Kameraden dringend auf, uns **sofort oder so schnell wie möglich** alle polizeilichen und gerichtlichen Urteile betreffend Vergehen oder Verbrechen, welche die Strafe erfolgte und welche Strafe verhängt wurde. Alles genau angeben: Name, Wohnort und Beruf des Bestraften, Straftat und Höhe der Bestrafung. Am liebsten sind uns die schriftlichen Urteilsausfertigungen, die das Gericht ausstellt. Wir erwarten, daß die Kameraden uns **schleunigst** das Gewünschte zusenden. — Ferner bitten wir, uns schnell mitzuteilen, wie sich die **Zechenpolizisten** und **Arbeitswilligen** während des Streiks verhalten haben; wo sie Ausschreitungen begingen, ist anzugeben, ob deshalb ein polizeiliches oder gerichtliches Einschreiten erfolgte. Wer die gewünschten Angaben **schnell, genau der Wahrheit entsprechend** und **ausführlich** macht, tut der um ihr Recht kämpfenden Kameradschaft einen großen Dienst.

Zahlstellen-Versammlungen und Steuertage.

Zonntag, den 5. März 1905:
(Fester Sonntag.)
Bochum I. Jeden 1. Sonntag, nachm. 4 Uhr, im Bergarbeiterverh. Gebäude, Wiemelhauserstraße 42.
Vortrag über die Erhebung der Beiträge.
Borna. Im Lokale des Herrn Müller.
Bautzen. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Womn, Herrc. Verh. u. g.
Jeden 1. Sonntag, abends 7 Uhr, im Gefellenverh. Untage.
Bruch. Vom 5. bis 10. werden die Beiträge eingesammelt.
Dölan. Nachmittags 4 Uhr, im Langbrod'schen Lokale.
Eichlinghofen. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Wagner.
Gietel. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Homburg, Schulstraße, Wanne.
Hüterm. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Heinen.
Worms. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Seipel.
Worps. Nachmittags 6 Uhr, im Lokale des Herrn Heistermann.
Wahlstagen. Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn W. Wüdingen.
Waldungen. Nachmittags 3 Uhr, im Gasthof „Zum weißen Schwan“.
Schmidt. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Hartmann in Lindenhof.
Südwest-Nahm. Nachm. 4 Uhr, im Lokale des Herrn Val. Wayer.
Schönigkutter. Nachmittags 3 Uhr, im „Deutschen Haus“, Warmbold.
Laer. Nachmittags 6 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Sauefeld.
Reutenberg. Jeden 1. Sonntag, nachm. 3 Uhr, „Wilhelmsruhe“.
Wierloh. Jeden 1. Sonntag im Monat in Bruchhausen bei Herrn Rebig, Kaiserstraße 61.
Waltersheim. Sonntag nach dem 1. Zahltag, im Vereinslokale.
Niesleben. Nachmittags 3 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Klug.
Pettshau. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Gantsch.
Pörmelke-Ward. Im Lokale „Zum Kronprinzen“.
Rüsch. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Köntsch in Klein-Rüsch.
Roff. Jeden 1. Sonntag, nachmittags 3 Uhr, bei Bruno Tieg.
Rothenhausen. Jeden 1. Sonntag, nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Emil Schmidt, Gartenbrichstraße.
Sommerfeld. Nachm. 3 Uhr, im Lokale des Herrn Schütte.
Stahlfurt. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale der Frau Wiegner.
Teinach. Nachm. 3 Uhr, im Lokale des Herrn Gottlieb Greiner.
Teichel. Jeden 1. Sonntag, nachm. 4 Uhr, im Gasthof zu Lüdenu.
Wambel. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Anton Pulger.
Wintersdorf. Nachm. 4 Uhr, im Restaurant „Zum deutschen Hause“.
Wurzbach. Jeden 1. Sonntagabend, im Lokale des Herrn Restaurateurs Edwin Deuthner, Heiligensfeld.
Zechau. Nachmittags 3 Uhr, im Keilichs Restaurant.

Sarpen. Nachm. 3 Uhr, im Lokale des Herrn Friedr. Paschhoff. Bericht über den Streik. Bericht des Streikmittels. Verschiedenes.
Serne III. Nachm. 3 Uhr, im Lokale des Herrn Kray, v. d. Heidsstr. Wahl der Ortsverwaltung. Vortrag über den inneren Ausbau des Verbandes. Verbandsangelegenheiten.
Sork. Vorm. 11 Uhr, im Lokale des Herrn Fr. Müller, Freisenbruch. Vortrag. Verbandsangelegenheiten.
Strab. (Zeit ist nicht angegeben.) Im Lokale des Herrn G. Bönninghaus, Kranz-Str.
Vortrag. Verbandsangelegenheiten.
Vangenderer. Nachm. 3 Uhr, im Lokale des Herrn Spreedt, Kaiserstr. Welche Lehren ziehen wir aus dem Bergarbeiterstreik.
Wellinghausen. Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Theob. Ahlenbruch, Bahnhofstraße 10. Verbandsangelegenheiten.
Wattenscheid. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Fichtner.
Weserleben. Jeden Sonntag nach dem 1., nachmittags 3 1/2 Uhr, im Schröder's Lokal.
Weserleben. Jeden Sonntag nach dem 1., nachmittags 5 Uhr, im „Feldschlößchen“.
Wolfsbittel. Jeden Sonntag nach dem 1., im Lokale des Herrn Fricke („Blauer Engel“), Fischerstraße.
Kameraden besucht zahlreich die Versammlungen.

Belegchafts-Versammlungen

Zehc Konstantin IV u. V. Giltrop-Bergen. Nachmittags 6 Uhr, im Lokale des Herrn Friedrich Spickermann, Herrc. Wöde. Was lehrt uns der Generalstreik. Diskussion.

Öffentliche Bergarbeiter-Versammlungen.

Sonntag, den 5. März 1905:
Auf dem Schnee. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Becker.
Bottrop. Vorm. 11 Uhr, im Lokale „Zum deutschen Jupp“ in Vorbeck.
Eichlinghofen. Nachm. 4 Uhr, im Lokale des Herrn Gust. Thöning. Alle Bergleute und deren Frauen sind hierzu eingeladen.
Haarzopf. Nachm. 4 Uhr, im Lokale des Herrn Erbach zu Haarzopf.
Sanna a. d. Lippe. Nachm. 4 Uhr, im Lokale des Herrn Winkler, Königsstraße. Daran anschließend: **Mitgliederversammlung.**
Wanne. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Homburg.
Tagesordnung in allen Versammlungen:
Welche Lehren ziehen wir aus dem Generalstreik für unsere Organisation. — Diskussion und Verschiedenes.
Weserich u. Ung. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Meyer. Was hat uns der Bergarbeiterstreik gelehrt und wie sollen wir uns zu der Beitragserhöhung. Diskussion. Referent zur Stelle.
Es ist Pflicht aller Kameraden, an diesen Versammlungen teilzunehmen. Eintrittsgelb. wird nicht erhoben.

Für die Frau Mosenhins Versandhaus

Berlin S. 19, Sebafianstr. 42.
Geschenkt und portofrei angeh. erhält jed. Nebenberufstätige Arbeiter einen Gegenstand mit dem Namen i. Verh. von 40 Pfg. a. Mutter. Zeitschrift „Werde an Reinhardt & Co.“
Hohenstein-Gr. I. S.

Beerdigungskasse Glinauf Zwidau.

Zonntag, den 2. April 1905, nachmittags 2 Uhr, im Restaurant „Deutscher“ Diebstahl-ordenliche Generalversammlung.
Wir laden hiermit unsere Mitglieder zu recht zahlreichem Besuch ein. Als Legitimation zur Generalversammlung hat jedes Mitglied sein Steuermittel mitzubringen (siehe auch S. 11 Abs. 3 des Statuts).
78
Der Vorstand und Aufsichtsrat.

Weserholt und Umgegend.

Den geehrten Verbandsmitgliedern zur gefälligen Kenntnisnahme, daß ich mich **Freitag 27.** im Hause des Herrn Hermann Schürmann, neben der alten Kirche, als **Schuhmachermeister** etabliert habe. Anfertigung nach Maß. Reparaturen prompt und billig. Achtungsvoll

Theodor Passier, 72 Verbandsmitglied.

Zur diesjährigen Saatzeit

empfehle alle **Gemüse u. andere Samen** in feiner und bester Qualität, sowie **Pflanzen, Bäume und Sträucher** zu äußerst billigen Preisen. Ich bitte um freundschaftlichen Aufpruch. Bei Trauerfällen erbitte Bestellungen auf Kränze. 60
Gärtnerei Ludwig Goebel, Bochum, Wittenerstraße 78.

Hochheide und Umgegend.

Durch Mahregelung gestunden, empfehle ich mich den Kameraden zum **Hohlenfahren** und alle sonstigen Fahrten. Ferner erbitte ich eine **Gemüsehandlung** und erbitte die Kameraden, mich bestens zu unterstützen. 71
Gerhard Hüsch, Verbandsmitglied, Scherpenberg 102.

Schwerste Kochherde

in allen Größen und Ausstattungen liefere 12 Proz. billiger als direkter Bezug von der Fabrik bei bar frei Haus oder per Nachn. franco jeder Verpackung. Nichtgeh. nehme kostenfrei zurück. Katalog sende franco.
H. Brasse, Wickede-Asseln, Bergquell-Zwillinge. 74

Umsonst u. portofrei

verf. unj. gr. Hauptkatalog über Solinger Stahlwaren, Haushalt- u. Küchengeräte, Waffen, Optik etc.
1/4 nat. Gr. mit 5 JAHRE GARANTIE
verleihen wir **franko**
Rasiermesser Nr. 10 in Silberstahl fein-hoch gechl. fert. z. Geb.
Nr. 2. — **Rasiermesser Nr. 15** enthaltend: Rasiermesser Nr. 10, Mittelblechen, Pinsel, Pasta, Seife und Streichriemen **Nr. 4.** —
Haarwaschmaschine „Famitienstark“ (Neub.) m. 2 Aufschiebe-Kämmen für 3, 7 u. 10 mm schneid. p. St. **Nr. 3, 50.** **Sicherheitsrasiermesser „Famos“** Nr. 2, 50. Verlegung unmöglich. 33
Otto Geigis & Co., Gruten 3, Solingen 31. Veltestes Fabrikverhandhaus a. Bl.

Musikinstrumente

Lundberoffener Qualität zu billigsten Preisen direkt von ERNST REINH. VOIGT
Markneukirchen No. 57
Kataloge gratis u. franko
Über meine **vorzüglichen** Harmonikas und Musikwerke etc. bitte Spezial-Katalog zu verlangen.

Essen Caternberg.

Empfehle den organisierten Arbeitern meine **Buchhandlung und Buchdruckerei** bei vorkommendem Bedarf.
Albert Pantzer, Essen, Segershofstraße 14 u. Steeler Schauff. 46. Caternberg, Mittelstr. 63.

Konsumverein „Germania“ für Barop u. Ung.

Bilanz pro 31. Dezember 1904.
E. G. m. b. H.

An Immobilien-Konto	30.370,20	Ver Hypotheken-Konto	21.000,—
Waren-Konto	21.000,20	Kreditoren-Konto	14.477,44
Kassa-Konto	6832,08	Geschäftsanteile	12010,05
Anwarts-Konto	775,48	Darlehens-Konto	4.250,—
Anteilkonto d. Broh-eint. u. Gf. Hamburg	500,—	Reservefonds-Konto	27.777,77
		nach zahlb. Anfohlen	342,16
		Gewinn- u. Verl.-Konto:	
		Vortrag aus 1903	11,14
		Neingewinn	5.095,32
			5680,26

Summa Mark 60527,86
Summa Mark 60517,86

Die Zahl der Mitglieder betrug am Schlusse des Jahres 1904 615
Eingetreten sind im Jahre 1904 57

Summa 702

Ausgeschieden durch Tod 9
Rückzahlung 22, zusammen 31

Mitgliederbestand am 1. Januar 1905 671

Die Kassasumme verminderte sich um 529,— Mark.
Die gesamte Kassasumme beträgt 13420,— Mark.

Der Vorstand.
A. Staubach, G. Lovermann, Fr. Pohlmann, G. Eppmann, C. Lusebrink.

Garantie-Portemonnaie



aus einem Stück guten Lounggrain — Mouton-Leder, 4 Fächer (große Zahltafel) mit verstelltem Ziffernrohrlöcher u. vernickeltem Schloß.
Größe geschlossen 8 x 8 cm, viel Geld fassen, bequem mitzuführen. **Sochmod. Pacon.**
Nur 1,20 Mark frei in's Haus bei Vorherzinsen (auch Briefmarken) Nachnahme 20 Pfg. mehr.

Katalog unserer sämtlichen Waren (eintige tausend Gegenstände) versend. wir umsonst und franko.

Garantiezeit: Umtausch od. Retournahme innerhalb dreißig Tagen, wenn nicht gefällt.

Kirberg & Comp., in Foche bei Solingen.

Veltestes Fabrikationsgeschäft
Solinger Stahlwaren mit Versand direkt an Private. 61
Wiederverkäufer hohe Provision.

Direkt aus erster Hand!



Feinstes Delicatess-Pflaumen-Mus
garantirt rein, dick und süß unübertroffen im Geschmack, billiger bekömmlicher Brotbelag, offerirt ab Magdeburg (unfr.) geg. Nachnahme.
Post-Binghalm r 9 Pfd. M. 2,00 Emaille-Kochtopf 30 Pfd. M. 5,50
Post-Emaille-Eimer 9 „ 2,25 Emaille-Wannen 25 „ 5,25
Bleicher (Bahn-) 20 „ 3,50 Email-Wannen 50 „ 10,00
Emaille-Eimer 25 „ 4,00 Holzkubel 30, 40, 50 Pfd. Gr. „ 14,00
Emaille-Kochtopf 18 „ 3,90 Fisser ca 120, 225, 325 „ 13,00
Gefäße werden nicht extra berechnet
Bernhardt & Co., Ma. Jürgurg-N. 57 Pflaumenfabrik

Mehr Bergarbeiterschutz!

Ein Streit- und Mahnwort von **Otto Hue.**
Preis nur für Mitglieder 10 Pfg.

Makulaturpapier

zu haben in der Druckerei der Bergarbeiter-Zeitung in Bochum, Wiemelhauserstr. 42.

Herzlichsten Dank!

Allen denen, welche meiner lieben entschlafenen Frau, unserer guten Mutter die letzte Ehre erwiesen haben, sowie für die schönen Kranzspenden spreche wir hierdurch unseren herzlichsten Dank aus.
Bochum, 25. Februar 1905.
Ludwig Schröder und Kinder.

Dankfagung.

Für die zahlreiche Beteiligung und die Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes **Josef Wilhelm** sage ich der Zahlstelle Waltenstein des Verbandes deutscher Bergarbeiter meinen besten Dank. 70
Ww. Josef Wilhelm.

Dankfagung.

Sage dem Vorstande des Verbandes deutscher Bergarbeiter sowie der Ortsverwaltung von **Sunderwich** für die prompte und sichere Auszahlung des Sterbegeldes von 60 Mark meinen herzlichsten Dank. 75
Katharina Kallada.

Dankfagung.

Für die sofortige Auszahlung des Sterbegeldes von 60 Mark bei dem Tode meines l. Mannes sage ich dem Vorstand sowie der Ortsverwaltung der Zahlstelle Meuselwitz des Verbandes deutscher Bergarbeiter meinen herzlichsten Dank.
Ebenso Dank der Belegschaft der Grube Fetters für die übermäßige Geldspende. 78
Die trauernden Hinterbliebenen:
Emma Ludwig
geb. Harmann, nebst Kinder.
Winaurode bei Meuselwitz.

Verkaufe:

Getragene Herren-Joppe u. Rod-Anzüge, Damenkleider, Sackos, Blusen, Handschuhe, einzelne Hüfen, Schuhe, Wäsche, Decken und Herde. 46

Frau Maria Albers, Dortmund, Gänsemarkt 11.



Todtenkopf-Ring m. Simili-Brillant silber oxyd. 1,25 oder Cap-Rubin verg. Kopf 1,75 Gold 333 4,25

Silb. Turn- u. Radfahr-Ringe

St. 1,50. **Gold-Ringe** 333 von 1,20 an. Reich illustrierte Preisliste über: **Uhren, Ketten, Gold- u. Silberwaren** etc. gratis und franko. Uhrmacher u. Wiederverkäufer verlangen Engros-Katalog. Versand nur gegen Nachnahme oder vorher. Einsendung. — Porto und Verpackung extra. — Umtausch gestattet. 30

Hugo Pincus, Hannover 30.

Edmund Paulus, Markneukirchen Nr. 349.

Beste direkte Bezugsquelle von **Musikinstrumenten aller Art.** Neuester Katalog umsonst! Auf Briefen und Postkarten an mich darf die Nr. 349 nie fehlen.

Kluge Frauen

nicht verfehlen, sich unentgeltliche Aufklärung über meine bisher unerreichte hygien. Erfindung (s. Vermindekerin häusl. Sorgen) kommun zu lassen, worauf ich gr. gold. Preismedaille, Ehren Diplom u. Ehrenkreuz, sow. deutsch. u. engl. Patentausweise erhalten habe. Stück. jahrel. brauchbar, 2 Mk. Die Prämiierungen sowie hunderte Anerkennungs-Schreiben liegen bei mir zur Einsicht aus.
G. Engelhardt, Berlin N. 20, Bergstraße 80. 18